

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	064/2023
MoVA Nr.	5/2023

Vorsitzender

SPD-Fraktion

ABB-Fraktion

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

SPD-Fraktion

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

FDP-Fraktion

CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

SPD-Fraktion

Fraktionslos

CDU-Fraktion /

QDC Partition

CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

UWG/Forum-Fraktion

SPD-Fraktion

ADFC

SPD-Fraktion /

Seyfarth, Anne

Weiner, Carla

UWG/Forum-Fraktion

CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme von Niederschriften Nr. 36 vom 02.05.2023	
5	Bahnhof Roisdorf Mobilstation; Vorstellung Teilmaßnahme P+R-Platz und städtebauliche Planung	217/2023-7
6	Vorstellung eines Konzeptes zur Ladeinfrastruktur für E-Mobilität durch die Fa. Chargeunity	414/2023-7
7	Anregung nach § 24 GO NRW vom 31.03.2023 betr. Straßenzustand Sankt-Georg-Straße in Widdig	237/2023-9
8	Anregung nach § 24 GO NRW vom 18.04.2023 betr. Einrichtung Plateauaufpflasterung in den Kreuzungsbereichen Grüner Weg/Höhenstraße, Grüner Weg/Kneusgenweg sowie Grüner Weg/Oderstraße	372/2023-9
9	Anregung nach § 24 GO NRW vom 06.07.2023 betr. Radpendlerroute (RPR) in Bornheim und Roisdorf	427/2023-9
10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2023 betr. Aufstellung Fahrradboxen und Fahrradabstellanlagen	444/2023-7
11	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich MoVA, öffentl.)	402/2023-1
12	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	437/2023-1
13	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschlussfähig ist.

AM Dartenne regt an, TOP 5 und TOP 10 nacheinander abzuhandeln. Dies wird abgelehnt.

Es gibt somit keine Änderungen in der Tagesordnung.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Weiner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurden keine Ausschussmitglieder verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Es liegen keine schriftlichen Einwohnerfragen vor.

Mündliche Einwohnerfragen:

Herr Fischer hat eine schriftliche Anfrage, die er dem Ausschuss übermitteln möchte. Er hat Positives und Negatives zu dem Mängelmelder zu berichten.

Positiv ist, dass die Mängel sehr schnell bearbeitet werden.

Negativ ist, dass im Stadtplan die Straßen teilweise falsch beschriftet sind, sodass man manchmal die Mängel gar nicht melden kann.

Er möchte als Idee an den Ausschuss herantragen, an dem Mängelmelder Änderungen vorzunehmen und hat diese schriftlich zusammengefasst. Das Dokument ist dem Protokoll beigelegt.

Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen.

Keine weiteren Fragen aus dem Publikum.

Herr Stadler (Seniorenbeirat) möchte folgenden Sachverhalt klären: Im November 2020 ist in der konstituierenden Ratssitzung einstimmig die Reihenfolge der sachkundigen Bürger der SPD-Fraktion beschlossen worden. Als sachkundiger Bürger wurde Herr Ewald Westphal und als 1. Stellvertreter Herr Harald Stadler benannt. Da Herr Westphal bei der heutigen Sitzung fehlt, beantragt Herr Stadler, als 1. Stellvertreter anstelle von Herrn Westphal für die SPD stimmberechtigt zu sein.

AV Hanft antwortet, dass die Leiterin vom Rechtsamt, Frau Wittenberg gebeten wurde, zu dieser Angelegenheit eine Stellungnahme abzugeben, nachdem Herr Stadler diese Bitte bereits in einer früheren Ausschusssitzung geäußert hat.

Frau Wittenberg vertritt die Rechtsauffassung, dass es seine Richtigkeit hat, die Vertretung in alphabetischer Reihenfolge zu bestimmen. Sollte sich die Rechtsauffassung von Frau Wittenberg in dieser Angelegenheit ändern, würde Herr Hanft dem gerne Rechnung tragen, bisher hat er vom Rechtsamt jedoch dahingehend keine Mitteilung oder Information erhalten.

Herr Stadler bittet AV Hanft, in das Protokoll der konstituierenden Ratssitzung zu schauen. Die Rechtsauffassung von Frau Wittenberg ist laut Herrn Stadler sekundär, primär sei der Beschluss, der im Protokoll der Ratssitzung vom 4.11.2020 steht. Er bittet darum, den Beschluss des Rats zu akzeptieren.

Sollte dies nicht akzeptiert werden, bittet er darum, im Protokoll zu vermerken, dass er heute an der Ausübung seines Stimmrechts gehindert wurde, da der Vorsitzende dem nicht stattgegeben hat.

Herr Schier ergänzt, dass diese Fragen offensichtlich, wie er in Abstimmung mit dem Vorsitzenden erfahren konnte, schon eine gewisse Zeit vor der Sitzung fraglich gewesen sind. Wer wen behindert weiß er noch nicht und es gibt üblicherweise die Möglichkeit, diese Dinge vor einer Fachausschusssitzung zu klären. Grundlegende Fragen der Sitzungsführung werden normalerweise nicht in einer Fachausschusssitzung geklärt und spontan entschieden. Er weist darauf hin, dass eine Stimmabgabe bei einer unterschiedlichen Rechtsauffassung möglich wäre, dabei muss jedoch davon ausgegangen werden, dass der Beschluss dann

rechtsunwirksam sein könnte und förmliche Beschlüsse dann unter Umständen nochmal gefasst werden müssen.

Zur Klarstellung gibt Herr Stadler an, dass er einen Tag zuvor erfahren habe, dass Herr Westphal bei der Sitzung nicht anwesend ist und am heutigen Tag um 10:32 Uhr Frau Wittenberg eine Mail mit seiner Rechtsauffassung und dem Protokoll geschickt und sie um eine kurzfristige Richtigstellung ihrer Aussage gebeten hat. Dies sei offensichtlich nicht erfolgt. Er habe sich an die Spielregeln gehalten und werde auch an der Abstimmung teilnehmen, so wie es vorhin gesagt wurde, denn wenn er nicht mitabstimme, würde stattdessen jemand mit abstimmen, der nicht stimmberechtigt ist.

AV Hanft: Dies kann so gehandhabt werden, wenn die Stellungnahme des Rechtsamtes vorliegt und die Frage endgültig geklärt ist. Dann werden, wenn es notwendig ist, die Konsequenzen daraus gezogen.

AM Schumacher: Herr Schier hatte ja gerade schon gesagt, dass dann eventuell die Gefahr droht, dass Beschlüsse aufgehoben und ggf. neuabgestimmt werden müsste. Wäre es in dem Sinne dann nicht sinnvoll, um dem drohenden Szenario zu entgehen, heute alle Beschlüsse namentlich abstimmen zu lassen?

Herr Schier: Die namentliche Abstimmung hilft bei diesem grundsätzlichen Problem nicht. Wenn einstimmig beschlossen wird, ist die Zahl der Beteiligten relativ egal, wenn aber mit knapper Stimmabgabe, auch persönlich, abgestimmt wird und wir hier eine Mitwirkung von jemandem haben, der nach Rechtsauffassung der Verwaltung nicht mitwirkungsberechtigt ist, haben wir auch eine Beschlusslage, die unzulässig ist. Insofern bleibt das Risiko hoch und er kann nur jedem empfehlen, diesen Vorbehalt ernst zu nehmen und die Beratung liegt sicherlich im Vordergrund. Er geht davon aus, dass es wenige Entscheidungen gibt, die mit ein paar wenigen Stimmen Vorsprung entschieden werden, insofern ist das Risiko faktisch überschaubar, dennoch ist es grundsätzlich da und darauf muss er hinweisen und offensichtlich ist es vor der Sitzung nicht gelungen, eine Lösung zu finden.

AM Rothe spricht sich dafür aus, der Rechtsauffassung der Verwaltung zu folgen, da diese Auffassung in dieser Sitzung nicht revidiert werden kann. Es soll so gehandhabt werden, wie es der Vorsitzende vorgeschlagen hat. Falls tatsächlich jemand daran gehindert worden ist, sein Stimmrecht auszuüben muss man ggf. manche Dinge nachträglich klären.

Herr Schier: Auch dies wird man in der heutigen Sitzung nicht klären können, völlig richtig.

AM Roitzheim: Appell an alle, heute nicht knapp abzustimmen.

Herr Stadler weist noch einmal darauf hin, dass der von ihm geäußerte Hinweis im Protokoll aufgenommen werden soll.

4	Entgegennahme von Niederschriften Nr. 36 vom 02.05.2023	
----------	--	--

Herr Stadler: Die Niederschrift vom 20.01.2022 wurde in keiner der folgenden Sitzungen genehmigt. Er bittet die Verwaltung, die Niederschrift vom MoVA am 20.01.2022 zu prüfen und zu prüfen, wann die Genehmigung der Niederschrift erfolgte.

5	Bahnhof Roisdorf Mobilstation; Vorstellung Teilmaßnahme P+R-Platz und städtebauliche Planung	217/2023-7
----------	---	-------------------

AM Schmidt hat darum gebeten, die Website, mit der Prognosen für die Anzahl der Fahrräder, die am Bahnhof Roisdorf voraussichtlich abgestellt werden können, in das Protokoll aufzunehmen: [Infostelle Fahrradparken am Bahnhof](#)

AM Schmidt gibt außerdem zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion beantragt, den Beschlussentwurf wie folgt zu ändern:

Der Mobilitäts- und Verkehrsausschuss beschließt,

3. **Die Ergebnisse dieser 2.** Bürgerwerkstatt mit den Empfehlungen für die städtebauliche Planung und dem P+R-Platz dem MoVA erneut zur Beratung vorzulegen.

Gegen die Änderung des Beschlusspunktes wurden keine Einwände erhoben.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung des Beschlussvorschlages liegt der Niederschrift als Anlage bei. In der Anlage ist zusätzlich eine Änderung des ersten Beschlusspunktes enthalten, diese wurde in der Sitzung jedoch nicht kommuniziert und es fand keine Beratung zu dem Beschlusspunkt statt. Der Beschlussentwurf wurde somit nur hinsichtlich des 3. Beschlusspunktes geändert.

Beschlussentwurf Mobilitäts- und Verkehrsausschuss

Der Mobilitäts- und Verkehrsausschuss beschließt,

1. die Gesamtplanung Bf Roisdorf auf Grundlage der vorgestellten Planungsstände P+R-Platz Bahnhof Roisdorf und Städtebauliche Planung fortzusetzen,
2. die vorgestellten Planungsstände P+R-Platz Bahnhof Roisdorf und Städtebauliche Planung in der geplanten Bürgerwerkstatt vorzustellen,
3. **die Ergebnisse dieser 2.** Bürgerwerkstatt mit Empfehlung für eine städtebauliche Planung und den P+R-Platz dem Mobilitäts- und Verkehrsausschuss erneut zur Beratung vorzulegen.

Beschlussentwurf Ausschuss für Stadtentwicklung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt,

1. die Gesamtplanung Bf Roisdorf auf Grundlage der vorgestellten Planungsstände P+R-Platz Bahnhof Roisdorf und Städtebauliche Planung fortzusetzen,
2. die vorgestellten Planungsstände P+R-Platz Bahnhof Roisdorf und Städtebauliche Planung in der geplanten Bürgerwerkstatt vorzustellen,
3. **die Ergebnisse dieser 2.** Bürgerwerkstatt mit Empfehlung für eine städtebauliche Planung und den P+R-Platz dem Ausschuss für Stadtentwicklung erneut zur Beratung vorzulegen.

- Einstimmig -

6	Vorstellung eines Konzeptes zur Ladeinfrastruktur für E-Mobilität durch die Fa. Chargeunity	414/2023-7
----------	--	-------------------

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Fa. Chargeunity zur Kenntnis.

- Kenntnis genommen -

7	Anregung nach § 24 GO NRW vom 31.03.2023 betr. Straßenzustand Sankt-Georg-Straße in Widdig	237/2023-9
----------	---	-------------------

Beschlussentwurf Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und
2. empfiehlt dem Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Beschlussentwurf Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- mehrheitlich beschlossen -

Abstimmungsergebnis

17 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, Grüne, FDP, UWG, Schumacher)

01 Stimme gegen den Beschluss (ABB)

8	Anregung nach § 24 GO NRW vom 18.04.2023 betr. Einrichtung Plateauaufpflasterung in den Kreuzungsbereichen Grüner Weg/Höhenstraße, Grüner Weg/Kneusgenweg sowie Grüner Weg/Oderstraße	372/2023-9
----------	--	-------------------

Beschlussentwurf Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschlussentwurf Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- verlagt -

9	Anregung nach § 24 GO NRW vom 06.07.2023 betr. Radpendlerroute (RPR) in Bornheim und Roisdorf	427/2023-9
----------	--	-------------------

AM Schumacher erörtert seine Anregung nach § 24 GO NRW und reicht seine Erörterungen schriftlich ein. Sie sind dem Protokoll beigelegt.

AM Schumacher stellt zudem folgende Anträge:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beauftragt den Bürgermeister

1. eine Parallelplanung, die möglichst den Vorgaben und Anforderungen an eine RadPenderRoute entspricht
 - a) beginnend ab Haltepunkt Bornheim-Rathaus entlang der Adenauerallee – Bonner Straße – Königstraße und rechtsseitig entlang der Stadtbahntrasse gemäß des Bürgerantrags zur RadPenderRoute zu prüfen und dabei auch eine auf den Fuß-/Radverkehr beschränkte Querung der Stadtbahntrasse im Bereich der Aeltersgasse zu prüfen
 - b) beginnend ab Uedorfer Weg parallel zum Fußkreuzweg bis Maarpfad, von dort weiter Richtung Custorstraße und ab dieser Richtung Rosental bis zum DB-Bahnhof Roisdorf mit der Option der Verlängerung Richtung Alfter und Bonn zu prüfen bzw. bei städtebaulichen Veränderungen in den betreffenden Bereichen mit einzubeziehen
2. Den Bereich der Bonner- und Königstraße ab Adenauerallee oder Siegesstraße in den innerörtlichen 30 km/h-Zonenbereich mit aufzunehmen, dazu ist ggf. ein straßenverkehrsrechtliches Anhörungsverfahren einzuleiten
3. Zu prüfen, ob statt der derzeitigen Mittelinsel in Höhe des Beethovenstifts und der Bonifazius-Seniorendienste GmbH eine Fußgängerampel oder ein Zebrastreifen zweckdienlicher wäre
4. Eine Bürgerversammlung abzuhalten, sobald Vorplanungen für die betreffenden Streckenabschnitte inklusive des sogenannten Lückenschlusses im Bereich zwischen Aeltersgasse und Siefenfeldchen vorliegen.

AM Rothe beantragt Schluss der Debatte.

AV Hanft teilt mit, wer noch auf der Rednerliste steht.

- Herr Stadler
- Herr Mayer-Flamme
- Herr Schiwy

AV Hanft fragt gemäß Geschäftsordnung, ob jemand gegen den Antrag spricht.

- Herr Stadler

Herr Stadler spricht gegen den Beschluss zur Schluss der Debatte und bittet die Mitglieder des Ausschusses dem nicht zu folgen.

Antrag auf Schluss der Debatte wird mit einem Stimmenverhältnis von
14 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD, Grüne, FDP, UWG)
02 Stimmen gegen den Antrag (ABB, Schumacher)
02 Enthaltungen

angenommen.

Über den Antrag von AM Schumacher wird wie folgt abgestimmt:

1a)

wird mit einem Stimmenverhältnis von

02 Stimmen für den Antrag (Schumacher, ABB)

16 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, Grüne, UWG, FDP)

abgelehnt

1b)

wird mit einem Stimmenverhältnis von

01 Stimme für den Antrag (Schumacher)

17 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, Grüne, UWG, FDP, ABB)

abgelehnt

2.

wird mit einem Stimmenverhältnis von

02 Stimmen für den Antrag (Schumacher, ABB)

16 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, Grüne, UWG, FDP)

abgelehnt

3.

wird mit einem Stimmenverhältnis von

02 Stimmen für den Antrag (Schumacher, ABB)

16 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, Grüne, UWG, FDP)

abgelehnt

4.

wird mit einem Stimmenverhältnis von

01 Stimme für den Antrag (Schumacher)

17 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, Grüne, UWG, FDP, ABB)

abgelehnt

Persönliche Erklärung von Herr Stadler:

„Dadurch, dass mir das Stimmrecht versagt wurde durch Sie, konnte ich nicht an dieser Abstimmung teilnehmen und behalte mir deswegen eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Verantwortlichen vor.“

AM Hanft gibt zu Protokoll, dass der Ausschuss einmütig der Auffassung war, dass die Rechtsauffassung des Herrn Stadler durch das Rechtsamt vorher geklärt werden muss und eine Stellungnahme des Rechtsamtes zu der Sitzung nicht vorlag.

AM Schumacher muss diesem Beschluss widersprechen, da darüber nicht abgestimmt wurde.

AM Hanft entgegnet, dass er keinen Beschluss gefasst hat, sondern eine Erklärung zu Protokoll gegeben hat, nach der Wortmeldung bzw. der Protokollerklärung von Herrn Stadler, die mit seinen Ausführungen im unmittelbaren Zusammenhang stehen.

AM Schumacher entgegnet, dass die Ausführungen von Herrn Hanft beinhalteten, dass der Ausschuss einen Beschluss gefasst habe, das die Verwaltung die Angelegenheit prüfen werde. Dies sei jedoch nicht der Fall gewesen.

Beschlussentwurf Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und
2. empfiehlt dem Mobilitäts- und Verkehrsausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Beschlussentwurf Mobilitäts- und Verkehrsausschuss

Der Mobilitäts- und Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- mehrheitlich beschlossen -

Abstimmungsergebnis

17 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, Grüne, FDP, UWG, ABB)
01 Stimme gegen den Beschluss (Schumacher)

10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2023 betr. Aufstellung Fahrradboxen und Fahrradabstellanlagen	444/2023-7
-----------	--	-------------------

Beschlussentwurf Mobilitäts- und Verkehrsausschuss

Mobilitäts- und Verkehrsausschuss beschließt,

1. die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen,
2. das Thema Fahrradboxen bzw. Fahrradabstellanlagen in Abhängigkeit von der Projekt- und Personalsituation in der Verwaltung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Radverkehrsinfrastruktur in Bornheim weiter zu betrachten.

- Antrag wurde zurückgezogen -

11	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich MoVA, öffentl.)	402/2023-1
-----------	---	-------------------

Nach § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bornheim (GeschO) legt der Bürgermeister dem Rat halbjährlich eine Übersicht über die Beschlüsse des Rates vor, die vor mehr als drei Monaten gefasst und noch nicht – abschließend – ausgeführt sind.

Für die Beschlüsse der Ausschüsse gilt diese Regelung gem. § 31 GeschO entsprechend.

Der beigefügte Bericht umfasst die öffentlichen Beschlüsse im Beschlusszeitraum bis zum 01.06.2023 im Zuständigkeitsbereich des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses.

AM Prinz gibt an, dass er von der Fraktion darum gebeten wurde anzuregen, dass die Verwaltung darlegen soll, was an straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren ein so großer Aufwand ist. Ihm liegt der letzte Punkt des Halbjahresberichts des Bürgermeisters sehr am Herzen, welches nun auch schon fast drei Jahre her ist, ein anderes Projekt ist neun Jahre her, jede Fraktion wird mindestens ein Verfahren in der Pipeline haben und auf Ergebnisse warten. In seiner ersten Ratsperiode war dies noch anders, mittlerweile hat er das Gefühl, dass die Verfahren gar nicht mehr vorangehen. Er bittet darum, darzulegen wie viel dieser Verfahren aktuell in der Pipeline sind und was so aufwändig ist, dass die Verfahren nicht vorangehen.

AM Hanft erwidert, dass die Verwaltung dies mitnehmen wird.

AM Schumacher stellt zwei Fragen, zu denen er später zu Protokoll gibt, dass diese unter dem TOP Ö13 behandelt werden sollen. Dort sind sie auch protokolliert.

12	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	437/2023-1
-----------	---	-------------------

Es liegen keine Fragen aus vorherigen Sitzungen vor.

13	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Dartenne führt aus, dass er stark das RVK-e-Bike-Angebot nutzt und dass dieses in Bornheim schlecht betreut sei. Während das Angebot in den Nachbarkommunen stark ausgebaut wird, bricht es in Bornheim eher ein. Es werden wenige RVK-Bikes bereitgestellt und wenn, dann sind sie häufig in einem schlechten Zustand. Herr Dartenne möchte wissen, wer der Ansprechpartner für die RVK-Bikes ist. Er hat dazu auch bereits eine Anfrage an die Verwaltung gestellt.

Herr Proberz bestätigt, dass die Anfrage in der Verwaltung eingegangen ist und dass die Angelegenheit zurzeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger und der RVK sowie mit dem Nachunternehmer Nextbike geklärt wird. Das RVK-e-Bike ist Teil des öffentlichen Personennahverkehrs. In der Anfrage von Herr Dartenne wurde auch bemängelt, dass unterschiedliche Fahrradtypen existieren und diese eventuell verschiedenen Anbietern zuzuordnen sind.

AM Dartenne fügt hinzu, dass er eine verwirrende Erfahrung mit dem Wesseling Anbieter Mobic gemacht hat. Hier hatte er angefragt, ob er mit dem Fahrrad auch nach Bornheim fahren dürfe. Nachdem dies zunächst bejaht wurde, wurde ihm letztendlich mitgeteilt, dass dies noch nicht möglich sei, da dies außerhalb des Tarifbereiches sei. Dies hat 20 Euro extra gekostet. Auch die verschiedenen Tarifsysteme in den einzelnen Geltungsbereichen führen zur Verwirrung. Dies mache es schwer, Erstnutzer für diese Art des ÖPNV zu gewinnen.

Folgende zwei Fragen hat AM Schumacher bereits unter TOP Ö 11 gestellt, hat aber klargestellt, dass die Fragen diesem TOP zugeordnet werden sollen.

AM Schumacher gibt an, dass er von Bürgern seines Wahlkreises darauf angesprochen wurde, wie es am Ortseingang Richtung Dersdorf aussieht, gerade im Bereich Kreuzung Hexenweg/Königstraße. Dort tue sich nichts, obwohl die SPD hier große Versprechen gemacht habe. Frage an die Verwaltung, ob hier verkehrsberuhigende Maßnahmen geplant sind. Von den Bewohnern wurde auch angeregt, Verkehrsspiegel oder Pylonen aufzustellen, die die Übersicht verbessern könnten. Zudem stellt er die Frage ob im Siefenfeldchen im Bereich der KB-Brücke Verkehrsampel aufgestellt worden sind und Bewohner vom

Seniorenwohnstift Beethoven hätten ihn angesprochen, was es damit auf sich hat, dass die Personen, die das Seniorenwohnstift per PKW verlassen jetzt nur noch Richtung Bornheim abbiegen können und nicht mehr nach Roisdorf abbiegen dürfen.

Herr Schier antwortet darauf, dass die zweite Frage mitgenommen wird. Zum Ausbau des Bereichs Einmündung zur Bornheimer Mühle wurde bereits mehrfach berichtet, dass dies ein erster Ausbauschnitt ist, der fortgesetzt wird, sobald es mit dem Baugebiet am Hexenweg weitergeht, bis dahin befindet sich die Verkehrsanlage im verkehrsbehördlichen Blick. Derzeit wird eine Vorlage zum Radverkehrskonzept für die Achse Königstraße zwischen Hellenkreuz und L 118 vorbereitet. Diesem Zusammenhang wird auch der angesprochene Bereich Teil einer verkehrsbehördlichen Betrachtung unterzogen. Das Konzept soll nach Möglichkeit in der nächsten Sitzung präsentiert werden. Eine Aufstellung von Spiegeln oder ähnliche Maßnahmen sind zurzeit nicht geplant.

Zudem stellt AM Schumacher folgende Zusatzfrage: Herr Kropsch hat im letzten Zwischenbericht zur Radpendlerroute ausgeführt, dass die Stadt auch Alternativrouten prüfen würde. Wie sieht es da momentan aus?

Herr Broich erwidert, dass ihm nicht bekannt sei, dass Herr Kropsch mitgeteilt habe, dass die Stadt Alternativrouten prüft.

AM Schumacher glaubt, sich zu erinnern, dass dies im herumgeschickten Vortragsdiagramm gestanden hätte. Er prüft dies jedoch noch einmal und bittet die Verwaltung dies ebenfalls zu prüfen und die Antwort nachzureichen.

Herr Schier entgegnet, dass inhaltlich nichts nachgereicht wird, sondern dass die Angelegenheit am gleichen Abend geklärt werden solle. Inhaltlich hat Herr Kropsch die Aufgabe, den Radverkehr voranzubringen, aufbauend und auf Grundlage des Radverkehrskonzeptes. Auf Basis des Radverkehrskonzeptes können gerne Vorschläge angebracht werden. In diesem Zusammenhang wird Herr Kropsch Vorschläge, wie zum Beispiel eine Anbindung nach Brühl oder Heimerzheim entgegenzunehmen und planerisch vorzubereiten, das heißt, im Hinterkopf zu behalten, sodass das Radverkehrskonzept fortgesetzt werden kann. Auf Grundlage des Radverkehrskonzeptes werden somit durchaus Alternativen geprüft.

AM Prinz: Die Höherlegung der Bahnsteige der Linie 16 geht schneller voran als zunächst erwartet wurde. Die Arbeiten werden mit Parallelbahnsteigen während der Bauphase durchgeführt, die versetzt gebaut werden. In Hersel könnte dies eine besondere Herausforderung werden, egal auf welcher Seite der jetzigen Bahngleise. Ist der Stadt etwas bekannt, wie die Gäste zu den Bahnsteigen geführt werden?

Herr Schier: Grundsätzlich hat die HGK dazu Ausführungen gemacht, wir gehen aufgrund dieser Ausführungen nicht davon aus, dass sie auf die Nordseite der Roisdorfer Straße gehen, sondern auf der südlichen Seite verbleiben, in der Verlängerung. Sollte die Verwaltung Kenntnis darüber bekommen, dass sich etwas Neues ergibt, wird sie diese Informationen entsprechend weitergeben.

AM Gordon: Vor einem Jahr hat die SPD zusammen mit der UWG eine Konzepterstellung für Wirtschaftswegesanierung beantragt. Die Verwaltung hatte damals in Aussicht gestellt, sobald sich die personelle Situation etwas entspannt, könnte sich da einiges tun. Ich bitte Sie, den Sachstand mitzuteilen, mittlerweile gibt es ja zwei Senioren, die den Tiefbaubereich verstärken. Die Antragsfrist ist ja immer nur im Oktober.

Herr Schier: das wird dieses Jahr im Oktober nichts, die beiden Senioren sind aktiv, insbesondere ist einer sehr stark damit beschäftigt, die Flutschäden an unseren Verkehrsanlagen in Höhe von 2 Mio. Euro abzuarbeiten. Dazu ist mittlerweile eine

Förderzusage eingegangen. Daher ist kurzfristig noch nicht absehbar, wann das Wirtschaftswegekonzept bearbeitet werden kann. Es bleibt dabei, dass Stellen weiterhin unbesetzt sind, die älteren Aufgaben werden nun jedoch mit einem gewissen positiven Trend abgearbeitet.

Herr Stadler: Herr Schier, wer hat die vier Bodenschwellen auf der Radpendlerroute an der Siegesstraße angeordnet und warum wurde dies nicht vorher im Mobilitätsausschuss vorgestellt und erörtert? Es hat sehr viel Ärger und Unruhe in Roisdorf gegeben, auch von der Feuerwehr, da dies eine zusätzliche Belastung dar, die für viele Leute unnötig war.

Herr Schier: die Verkehrsbehörde hat dies angeordnet, nicht alle verkehrsbehördlichen Anordnungen landen im MoVA, dies gehört zu den Arbeiten, die die Verwaltung im laufenden Tagesgeschäft leistet und hier war, insbesondere nach den Erörterungen mit dem ADFC die Fragestellung von Querungschancen und Konflikten zwischen Autofahrern und Radfahrern, ein gewisser Handlungsbedarf erkennbar, der natürlich zu einer Konfliktslage führt, weil viele Autofahrer die Siegesstraße so befahren wollen, wie sie es immer gemacht haben. Dies ist eine Maßnahme, die die Radfahrer und Fußgänger in einen deutlichen Sicherheitsvorteil bringt und dem Autofahrer abverlangt, etwas langsamer unterwegs zu sein. Wir haben aber die Rückfragen zum Anlass genommen, die Lage und Zahl dieser Schwellen noch einmal zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Herr Stadler: Wann wird die Fahrbahn im Kreuzungsbereich Pützweide/Radpendlerroute saniert, damit bei einem leichten Sommerregen, wie diese Woche wieder geschehen, nicht der Fußweg zum Haltepunkt der Linie 18 und der Brunnenallee unter Wasser steht. Kann man damit rechnen, dass dies noch vor dem Winter 2023 geschieht?

Herr Schier: Zur Einschätzung der Problemlage mag es unterschiedliche Vorstellungen geben, sicherlich wird die Stadt darauf achten, dass von der neugebauten Radpendlerroute keine maßgebliche Zusatzbelastung zu diesem Fußweg zur Bahn ausgeht, ich stelle allerdings fest, dass auch schon in früheren Jahren der Weg bei Starkregenereignissen reichlich unter Wasser stand. Wir werden den Hinweis gerne aufnehmen und die Frage der Entwässerungssituation mitnehmen. Aber dass der Weg über keinen höheren Ausbaustandard und dass er über keine Oberflächenwasserableitung und Regeneinläufe verfügt, darüber sind wir uns einig?

Herr Stadler bejaht dies und bittet darum, dass vor dem Winter eine Entscheidung getroffen wird, da im Falle eines Einfrierens des Wassers die Stelle zu einer Gefahr für Fußgänger, insbesondere für Seniorinnen und Senioren würde. Die Anfrage liegt der Verwaltung schriftlich vor.

Herr Stadler fügt hinzu, dass Herr Fischer vor Kurzem eine Eingabe mit fast 50 Punkten gemacht, im Bereich des Straßenverkehrs. Herr Broich müsste darüber Kenntnis haben. Nach Nachfragen, was daraus geworden ist, ist eine Mitteilung eingegangen mit der Bitte, diese Fragen noch einmal schriftlich einzureichen. Allen Ausschussmitgliedern ist das bekannt. Im vorletzten Protokoll sind diese Eingaben abgedruckt worden. Warum wurde den Unterlagen für die heutige Sitzung keine kurze Mitteilung beigelegt, wie der Sachstand zu diesen Einwendungen ist, die schon seit Februar dem Ausschuss vorliegen?

Herr Schier: Es gibt offensichtlich Vorgänge, die schon neun Jahre überfällig sind, insofern sind Vorgänge, die seit Februar überfällig sind, leider und dies wurde schon mehrfach zu Protokoll gegeben, bei der Straßenverkehrsbehörde vorhanden und die Gründe dafür auch. Wenn die Verwaltung so weit ist, dass sie etwas berichten kann, wird sie eine entsprechende Mitteilung machen. Herr Broich hat die Sachverhalte erhalten und auch bestätigt, dass er sie erhalten hat und wird darauf auch entsprechend antworten.

Herr Stadler: Die Beschilderung der Radpendlerroute ab der Trennung Brunnenallee in die Bereiche Fußgänger- und Radweg in Richtung Bolzplatz ist falsch. Dort steht ein Verbotsschild für Fußgänger. Ich habe darauf hingewiesen, dass das Schild versetzt werden solle, denn jetzt dürfen Fußgänger eigentlich nicht mehr über diese Strecke der Radpendlerroute zum Bolzplatz gehen, was sie natürlich trotzdem tun. Aber wenn dort einmal ein Unfall passiert wäre dies eine sehr unangenehme Rechtssituation. Was und wann gedenkt die Stadt Bornheim, diese Situation zu ändern, indem sie das Schild letztendendes versetzt?

Herr Schier: Sobald wir entsprechenden Problemen gewahr werden und da kann es durchaus sein, dass Ihre Wahrnehmung und die Wahrnehmung der Verkehrsbehörde sich unterscheidet, wird sie die Situation prüfen und nicht zielführende Beschilderung abbauen und zielführende Beschilderung wieder aufbauen. Wir erleben es ja leider immer wieder, dass trotz relativ klarer Anordnung der Verkehrsbehörde gewisse Bauunternehmen ihre eigene Vorstellung der Realisierung dieser Vorgaben haben und dann Dinge aufgebaut werden, die nicht ganz passen. Jedenfalls baut die Straßenverkehrsbehörde die Schilder nicht selbst auf.

AM Gesell: eine Frage zu der bekannten Stelle mit der Baustelle am Sporttreff Merten, die für ein bisschen Unmut sorgt. Diese wird bis Ende des Jahres noch stehen bleiben, was dazu führt, dass die Kinder an der Tankstelle die Straße queren müssen, was der Verwaltung bekannt sein dürfte. Wenn die Baustelle dort bis Ende des Jahres bestehen bleibt, gibt es Planungen von Seiten der Verwaltung, wie man die Querung für die Kinder in der dunklen Jahreszeit mit schlechten Witterungsverhältnissen etwas verbessern kann, zum Beispiel mit Beleuchtung, etc.?

Herr Schier: wir nehmen den Hinweis mit, sind aber auch in Beobachtung der Baustelle und haben die Situation im Blick und werden schauen, was wir machen können.

AM Kreckel: An der Ecke Schelmpfad/Lindenstraße wird dauernd die Vorfahrt missachtet. Könnte man dort ein Stoppschild installieren oder wenigstens einen Spiegel? Selbst Busse fahren dort einfach durch ohne die Vorfahrt zu gewähren.

Herr Schier: Bisher ist der Verwaltung nichts darüber bekannt, dass die Stelle besonders gefährlich sein. Wir werden dies jedoch mitnehmen.

AM Meyer-Flamme: Es geht um den Abschnitt Brunnenallee – Siegesstraße der Radpendlerroute. Mehrere Bürger haben bereits die Frage gestellt, warum dieser Bereich so hoch aufgeschüttet wurde. Der liegt bestimmt einen halben bis einen Meter über dem alten Niveau mit der Folge, dass an den Seiten Schrägen sind, die zum Teil mit einem Zaun gesichert werden müssen. Es gab Gerüchte, dies könnte an dem darunterliegenden Kanal liegen.

Herr Broich kann diese Frage nicht unmittelbar beantworten, sagt jedoch zu, die Frage zur Klärung mitzunehmen.

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

gez. Wilfried Hanft

gez. Carla Weiner

Vorsitz

Schriftführung